

Leonore Gewessler, BA
 Bundesministerin

leonore.gewessler@bmk.gv.at
 +43 1 711 62-658000
 Radetzkystraße 2, 1030 Wien
 Österreich

An den
 Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.234.474

. Mai 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Amesbauer und weitere Abgeordnete haben am 24. März 2023 unter der **Nr. 14613/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Beleuchtung bei ÖBB-Haltestelle Langenwang – Folgeanfrage gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Liegen den ÖBB bereits Planungsunterlagen, Kostenermittlung sowie Einreichungsunterlagen für ein Genehmigungsverfahren vor?*
 - a. *Wenn ja, seit wann liegen diese vor?*
 - b. *Wenn ja, welche Kosten sind in dieser Kostenermittlung angeführt?*
 - c. *Wenn nein, woran ist ein solcher Vorschlag bisher gescheitert?*
- *Gibt es bereits einen Bahngrundbenützungsvertrag, der für die Befestigung und Beleuchtung dieses Weges notwendig wäre?*
 - a. *Wenn ja, seit wann gibt es diesen?*
 - b. *Wenn nein, woran ist ein solcher Vertrag bisher gescheitert?*

Ein Lageplan und ein Kostenvoranschlag wurden im Jänner 2022 von der Gemeinde Langenwang an die ÖBB übermittelt. Im Kostenplan angeführt sind die Lieferung, das Verlegen und das Montieren von Zuleitungen, Erdungen und Fundamentrohren für vier Leuchten mit 3,5 Meter Lichtpunkthöhe im Bereich des Zugangs zur Haltestelle Langenwang auf gemeindefremdem Grund.

Das Genehmigungsverfahren bei der ÖBB-Infrastruktur AG nach § 42 Eisenbahngesetz wurde bereits positiv abgeschlossen. Ein Übereinkommen zwischen der ÖBB-Infrastruktur AG und der Standortgemeinde betreffend die eisenbahnrechtliche Ausnahmegenehmigung nach § 42 Eisenbahngesetz und die Bahngrundbenützung befand sich zum Zeitpunkt der Erstellung der Anfragebeantwortung im Unterschriftenlauf.

Zu den Fragen 3 und 4:

- *Wie viele Termine zwischen ÖBB und Marktgemeinde Langenwang haben seit April 2021 bezüglich der Erreichung eines Bahngrundbenützungsverfahrens stattgefunden?*
- *Wann haben diese Termine jeweils konkret stattgefunden und wer hat jeweils daran teilgenommen?*

Im April 2021 gab es aufgrund einer Anfrage der Gemeinde eine Vor-Ort-Begehung mit dem Bürgermeister und Vertreter:innen des Bauhofs Langenwang. Dabei wurde der Gemeinde angeboten, die Errichtung eines befestigten und eines beleuchteten Weges auf Kosten der Gemeinde (inkl. Erhaltung und Betriebskosten u.a. Stromkosten und Winterdienst) durchzuführen, wobei auch der Abschluss eines Bahngrundbenützungsvertrages nach eisenbahnfachlicher Beurteilung in Aussicht gestellt wurde.

Zu Frage 5:

- *Wie viele telefonische oder schriftliche Kontaktaufnahmen hat es seit April 2021 bezüglich der Erreichung eines Bahngrundbenützungsverfahrens gegeben?*

Wie bereits ausgeführt, wurde im Jänner 2022 ein Lageplan und ein Kostenvoranschlag an die ÖBB übermittelt. Im März 2023 gab es erneut Kontakt zwischen den ÖBB und der Gemeinde bezüglich der Genehmigung.

Zu Frage 6:

- *Wann und durch wen haben diese Kontaktaufnahmen jeweils stattgefunden?*

Der Kontakt hat zwischen den jeweils zuständigen Mitarbeiter:innen der ÖBB-Immobilienmanagement GmbH und der Gemeinde stattgefunden. Seitens des Geschäftsbereiches Streckenmanagement und Anlagenentwicklung der ÖBB-Infrastruktur erging im März 2023 ein Informationsmail über den Start des Genehmigungsverfahrens an die Gemeinde.

Zu Frage 7:

- *Welche Schritte sind derzeit noch offen, damit ein entsprechender Bahngrundbenützungsvertrag letztendlich erreicht werden kann?*

Das Genehmigungsverfahren bei der ÖBB-Infrastruktur AG nach § 42 Eisenbahngesetz wurde bereits positiv abgeschlossen. Ein Übereinkommen zwischen der ÖBB-Infrastruktur AG und der Standortgemeinde betreffend die eisenbahnrechtliche Ausnahmegenehmigung nach § 42 Eisenbahngesetz und die Bahngrundbenützung befand sich zum Zeitpunkt der Erstellung der Anfragebeantwortung im Unterschriftenlauf.

Leonore Gewessler, BA

